Nachmittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 23. Juni	Nr. 814

Beileid Dr. Gürtners zum Ableben Bülows.

Berlin, 23. Juni. Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner hat der Stiefmutter des verstorbenen Staatssekretärs von Bülow in herzlichen Worten sein Beileid ausgesprochen.

Desgleichen hat der Reichsminister dem Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath das auftrichtige Beileid der Reichsjustizverwaltung übermittelt.

Besuch des italienischen Staatssekretärs der Luftfahrt.

Berlin, 23. Juni. In Erwiderung des Besuches des Reichsministers der Luftfahrt, Generaloberst Göring, und des Staatssekretärs der Luftfahrt, General der Flieger Milch, im Jahre 1933 in Italien wird am Mittwoch morgen der Staatssekretär im Königlich-Italienischen Luftministerium, Seine Exzellenz Armeegeneral Valle, mit Begleitung zu einem fünftägigen Aufenthalt in Berlin auf dem Flugplatz Staaken mit einem italienischen Sonderflugzeug eintreffen.

Italienische Ehrung für den Reichsjugendführer.

Rom, 23. Juni. Auf Vorschlag von Mussolini hat der König von Italien den Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, zum Komtur des Ordens der italienischen Krone ernannt.

Dr. Groß vor den in Berlin studierenden Ausländern.

Berlin, 23. Juni. Am Montag sprach im Humboldtklub, dem Sammelpunkt der in der Reichshauptstadt studierenden Ausländer, Dr. Groß, der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, über die deutsche Bevölkerungs- und Rassenpolitik.

„Zur bevölkerungspolitischen Lage erklärte Dr. Groß, daß die starke Aktivität der Partei und der Regierung keine Ausdehnung der biologischen Kraft, die zwangsläufig zu Auseinandersetzungen führe, bedeute. Worum es heute in Deutschland gehe, sei die Bestandserhaltung der Volkszahl. Allein zur Bestandserhaltung reichten die ein wenig angestiegenen Geburtenziffern der letzten Jahre noch immer nicht aus. Das deutsche Volk habe Ursache, seine bevölkerungspolitische Lage ernst zu nehmen. Das Ausland aber habe Grund zu erfahren, daß es falsch sei, das Wachstum der Geburtenziffern mit dem Wachstum der Bevölkerungsziffer gleichzusetzen. Die deutsche Bevölkerungspolitik trage keine agressive Note.

„Eine andere Frage, die im Ausland häufig mißgedeutet worden ist, sind die Maßnahmen auf dem Gebiet der Erb- und Rassenpflege. In einer Generation wird Deutschland mit einem Problem fertig sein, das heute die zivilisierten Staaten der ganzen Welt bedroht. Nicht dem sozialen oder wirtschaftlichen Standpunkt soll die Verhütung erbkranken Nachwuchses betrachtet werden, allein vom ethischen Standpunkt ist die Verhütung erbkranken Nachwuchses zu begründen, weil wir glauben, daß es einfach mit den Grundsätzen des Mitleids und der Moral nicht zu vereinbaren ist, zuzusehen, wie die Träger erblicher Krankheiten ihr Leid immer wieder in unschuldigen Kindern fortpflanzen. Dieser Gedanke ist so zwingend, daß sich ihm niemand verschließen kann."

Dann wandte sich Dr. Groß der Rassenpolitik zu. Als Mangel an Objektivität und Wissenschaftlichkeit bezeichnete er es, wenn man von einer Minderwertigkeit gewisser

„Die Wirklichkeit zeigt, daß es Menschen verschiedener Art gibt, nicht nur leiblich, sondern auch seelisch verschieden, und zwar aus erblichen Gründen. Diese Feststellung gehört in das Gebiet der Naturgeschichte, die keine Wertung kennt, sondern nur beschreibt. Wenn wir sagen, die Rassen sind verschieden, dann werten wir nicht. Trotzdem ist es menschlich verständlich, daß für jeden Menschen das Volkstum, zu dem er gehört, als Norm, als Idealgestalt in ihm lebendig ist und ihm dadurch als Höchstwert erscheint.

„Auch wenn wir die Rassenmischehe verbieten, werten wir nicht. Wir verhindern aber damit die tragische Entwicklung der Menschen, die nicht Juden sind, da die Mutter Nichtjüdin ist und die nicht Deutsche sein können, da der Vater Jude ist und wollen verhüten, daß am Ende ein bedauernswertes Individuum, das keine Heimat hat, entsteht. Die deutsche Rassenpolitik richtet sich bei dieser Betrachtungsweise gegen kein Land und gegen kein Volk, außer gegen die Juden.

„Die Judenfrage in Deutschland war zu einem innerpolitischen Problem geworden, weil der Jude alles zerschlagen hat, was Religion, Kultur und Sittlichkeit heißt, und außerdem Träger des Bolschewismus war. Das aber ist kein Ideologie, die sich eines Tages gegen andere richten könnte. Deutschland versucht das Prinzip der einzig richtigen und ehrlichen Toleranz: die eigene Art rein zu halten und die anderen zu respektieren. Das ist kein aggressiver, sondern ein sich auf seine Möglichkeiten beschränkender Standpunkt, der ein künftiges Fundament für eine Weltfriedenspolitik abzugeben in der Lage ist."

Deutsche Wirtschafts-Abordnung für USA.

Berlin, 23. Juni. Reichsbankdirektor Brinkmann ist am Dienstag in Begleitung von zwei Ressortvertretern nach Washington abgereist, um dort mit amerikanischen Sachverständigen die Frage der amerikanischen Zuschlagszölle zu erörtern.

Die Zeitungsente vom bestohlenen Polizeikongreß.

Berlin, 23. Juni. Die Belgrader Prawda setzte Anfang des Monats eine Falschmeldung in Umlauf, nach der die Teilnehmer des Internationalen Polizeikongresses in Belgrad auf einer Reise durch Jugoslawien in Serajewo die Opfer eines boshaften Scherzes geworden und von einem eigens zu diesem Zweck gedungenen Taschendieb bestohlen worden seien.

Diese in der Unmöglichkeit ausgebrütete Zeitungsente machte leider die Runde durch die ganze europäische Presse und gelangte auch in einige deutsche Zeitungen.

Die jugoslawische Polizei, sowie die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission legen begreiflicherweise Wert auf eine Klarstellung, daß es sich bei dieser Meldung von Anfang bis Ende um eine freie Erfindung handelt, mit der ein jugoslawischer Zeitungsreporter die Leichtgläubigkeit seiner Zeitgenossen auf die Probe stellen wollte.

Für deutsch-französische Verständigung.

Paris, 23. Juni. Einem Artikel des Außenpolitikers der République, des Blattes des Kriegsministers Daladier liegt die Rede zugrunde, die Marschall Pétain am Sonntag in Verdun über die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung gehalten hat. Die Zustimmung zu diesen klärungen Pétains gibt das Blatt schon mit seiner Ueberschrift „Wir stimmen mit Marschall Pétain überein". Der Verfasser des Artikels hebt Pétains Hinweis hervor, daß Frankreich Unrecht habe, wenn es Deutschland als seinen Erbfeind betrachte. Diese Erklärung des Marschalls habe bei den Radikalsozialisten und bei dem linken Flügel der Partei keine Entrüstung, sondern Genugtuung hervorgerufen.

Das Blatt setzt sich dann für eine unabhängige französische Außenpolitik ein, um Fehler zu vermeiden, die vor dem Kriege begangen worden seien. Der Artikel bringt zum Schluß den Willen zum Ausdruck, mit dem Dritten Reich in Frieden zu leben.

Zahlreiche sudetendeutsche Blätter beschlagnahmt.

Prag, 23. Juni. Zahlreiche sudetendeutsche Blätter, darunter auch die Tageszeitung der sudetendeutschen Partei, „Die Zeit", und eine Sonderausgabe des Wochenblatts der Partei, „Die Rundschau", wurden am Dienstag wegen der Wiedergabe einiger Stellen aus der Schlußrede Henleins auf der Hauptkundgebung der Sudetendeutschen Partei in Eger vom Staatsanwalt beschlagnahmt.

Die Sudetendeutsche Partei hat im Prager Abgeordnetenhaus eine Anfrage an die Regierung eingebracht, ob sie diese Maßnahme billige; denn die Forderung nach Selbstverwaltung sei eine Selbstverständlichkeit, und was von Konrad Henlein gesprochen worden sei, sei die Meinung des gesamten Sudetendeutschtums.

Königsgeburtstagsfeiern im Britischen Weltreich.

London, 23. Juni. Der 42. Geburtstag König Eduards wurde am Dienstag im ganzen Britischen Weltreich mit Paraden und Feierlichkeiten begangen.

In London nahm der König die übliche Geburtstagsparade ab.

Französische Besorgnis über die Entwicklung.

Paris, 23. Juni. Die sozialen Experimente der Regierung Blum scheinen in den Kreisen der Radikalsozialisten Beunruhigung auszulösen, die sich besonders gegen einen zu starken marxistischen Einfluß in der Politik richten. Bezeichnend dafür ist eine Reihe von Artikeln, die in den letzten Tagen im Oeuvre, der Ere Nouvelle und der Depêche de Toulouse erschienen sind, die ihrer politischen Einstellung nach heute zu den Blättern der Volksfront gehören.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang ein Artikel der Depêche de Toulouse, dem eigentlichen Sprachrohr der Radikalsozialistischen Partei.

„Die Besetzung der Fabriken, Werkstätten und Geschäfte", so bereibt das Blatt, „die Weigerung der öffentlichen Behörden, einzugreifen, alle diese Ereignisse haben für viele Radikalsozialisten eine heikle Frage aufgeworfen. Indem sie sich der Volksfront anschlossen, haben sie oft nur widerwillig in der Ueberzeugung gehandelt, die bedrohten öffentlichen Freiheiten zu verteidigen.

„Dem französischen Wohlstand ist ungeheurer Schaden zugefügt worden. Man muß mit der Schließung der Fabriken und einer neuen Arbeitslosenkrise rechnen. Das Regierungsprogramm ist das Gegenteil von dem, was sich für die Wiedergesundung der Finanzen am wirksamsten gezeigt hätte. Die Radikalsozialisten haben die Pflicht, einen Alarmruf auszustoßen. Wir befinden uns auf einem schlechten Weg. Noch ist es Zeit, ein Abgleiten aufzuhalten. Morgen wird es zu spät sein."

Rote Fahnen im Hafen von Marseille.

Paris, 23. Juni. In Marseille hat sich der Streik der Seeleute Montag abend weiter ausgedehnt und umfaßt unter Einschluß der Schlepper- und Fischereibootsmatrosen bereits 5000 eingeschriebene Streikende. Die Zahl der französischen Schiffe, die von den Streikenden besetzt sind, beträgt bisher 40. Am Montag haben den Marseiller Hafen nur vier Schiffe verlassen können, da alle Schlepper vom Streik erfaßt worden sind.

Das Syndikat der Handelsmarine von Marseille hat an die Regierung eine Entschließung abgesandt, in der auf diese Zwischenfälle im Marseiller Hafen und besonders auf die Besetzung der Schiffe durch die Streikenden unter Hissung der roten Fahne hingewiesen wird. Das Syndikat verlangt, daß die Regierung die notwendigen Anordnungen treffen und die Verantwortung übernehmen möge.

Wie der **Matin** meldet, haben vielfach Offiziere der bestreikten und besetzten Schiffe versucht, sich dem Hissen der roten Fahne an dem Hauptmast ihrer Schiffe zu widersetzen, aber sie hätten sich dem geschlossenen Widerstand der Mannschaft gegenübergesehen, die sogar zu Gewalttätigkeiten bereit gewesen sei.

Wie der **Jour** mitteilt, haben sich die Offiziere der besetzten Schiffe entschlossen, die Schiffe zu verlassen, weil die Vertreter der Streikenden eine von den Offizieren vorgebrachte Einigungsformel nicht angenommen haben, wonach die Sicherheit der Offiziersräume und der freie Zu- und Abgang gewährleistet werden müsse. Die Offiziere hätten sich bereit erklärt, gegenüber den Streikenden eine wohlwollende Neutralität zu bewahren, wenn ihnen diese den Wach- und Sicherheitsdienst überließen. Außerdem hätten die Offiziere verlangt, daß als oberste Flagge die französische Nationalfahne an den Masten wehen müsse und daß keine andere Fahne zugelassen werden dürfe. Alle diese Vorschläge haben die Streikenden abgelehnt und hinzugefügt, daß die Mannschaften die Befehlsgewalt der Offiziere nicht mehr anerkennten.

Pariser Polizei verweigert Hilfe gegen die Streikenden.

Paris, 23. Juni. Am Montag abend hatten hundert Arbeitslose das Bürgermeisteramt von Plessis-Robinson (Dep. Seine) besetzt, worauf ein Stellvertreter des Bürgermeisters die Polizei der nahegelegenen Ortschaft Sceaux zu Hilfe rief, die die Kundgeber aus dem Bürgermeisteramt vertreiben sollte. Die Polizeipräfektur von Paris, die davon erfuhr, erhob aber Einspruch, „um nicht unnötige Zwischenfälle hervorzurufen". Die Kundgeber halten nach wie vor das Bürgermeisteramt besetzt.

Nichtöffentliche Sitzung in Montreux.

Montreux, 23. Juni. Die Meerengenkonferenz hat am Dienstag in nichtöffentlicher Sitzung mit der Aussprache über den türkischen Abkommensentwurf begonnen.

Zunächst wurde von dem Telegramm der italienischen Regierung Kenntnis genommen. Der türkische Außenminister **Rüschtü Aras** sprach seine Genugtuung darüber aus, daß Italien bereit sei, demnächst an der Konferenz teilzunehmen. Nach dem Exposé des zweiten Abgeordneten über den Aufbau und die Motive des türkischen Entwurfes sprach als erster Redner in der allgemeinen Aussprache der britische Abgeordnete Lord Stanhope, der sich mit dem Grundsatz der Wiederbefestigung der Dardanellen unter der Voraussetzung einverstanden erklärte, daß ein in allen anderen Beziehungen zufriedenstellendes Abkommen erzielt werde. Er behielt sich vor, die Abänderung verschiedener Artikel des türkischen Entwurfes zu beantragen.

Der japanische Abgeordnete **Sato** nahm den türkischen Entwurf als Verhandlungsgrundlage an, wobei er einen Vorbehalt hinsichtlich des Artikels 9 machte und allgemein erklärte, daß er nähere Weisungen seiner Regierung abwarten müsse.

Litwinow verlangte, daß dem besonderen Charakter des Schwarzen Meeres und den Interessen seiner Uferstaaten Rechnung getragen werden müsse.

Vorbehaltlich gewisser wichtiger Punkte, die später zu erörtern seien, nahm auch **Paul-Boncour** den türkischen Entwurf als Erörterungsgrundlage an.

Die Vertreter Griechenlands und Jugoslawiens sprachen sich gleichfalls unter Vorbehalt später zu stellender Abänderungsanträge für den türkischen Entwurf aus.

Der Vertreter Bulgariens verlangte gewisse Klarstellungen, insbesondere hinsichtlich des ersten Teils des türkischen Entwurfes. Die bulgarische Abordnung nehme den Entwurf grundsätzlich als Erörterungsgrundlage an, erklärte aber, daß für ihre Mitarbeit an der Konferenz vor allem die Sorge um die Sicherheit Bulgariens maßgebend sei, das durch einen Vertrag entwaffnet sei und dessen Handelsinteressen mit dem Meerengen-Regime in enger Verbindung ständen. Die Tagung beschloß zunächst einen technischen und einen Redaktionsausschuß einzusetzen, die bei der nunmehr beginnenden Einzelberatung von Fall zu Fall herangezogen werden sollen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Belgien am Mittwoch?

Brüssel, 23. Juni. Der Landesausschuß der Gewerkschaftskommission (sozialistisch) hat die Wiederaufnahme der Arbeit für Mittwoch beschlossen, da nach seiner Ansicht die Streikfrage für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter erreicht sein. Gleichzeitig sichert der Landesausschuß den Arbeitern, die noch auf Widerstand der Arbeitgeber, namentlich in der Lohnfrage, stoßen, seine uneingeschränkte Unterstützung zu.

Ausnahmezustand auf der Straße Jerusalem—Jaffa.

Jerusalem, 23. Juni. Der Abschnitt der Straße Jerusalem—Jaffa, der im Judäagebirge verläuft, wurde am Montag unter Ausnahmezustand gestellt. Von 19—4 Uhr darf dort jetzt nur Militär passieren.

Eine Araberabteilung vernichtete bei Affule eine große Zahl von Obstgärten. In der Nähe von Belae wurden zwei arabische Freiheitskämpfer mit der Waffe in der Hand gefangen genommen.

Jüdische Schadensaufstellung über die Palästina-Unruhen.

Jerusalem, 23 Juni. Die jüdische Presse beziffert den bisherigen Gesamtschaden an jüdischem Eigentum, der durch die Unruhen in Palästina entstanden ist, auf 180 000 Pfund. Nach dieser Aufstellung wurden 50 000 Orangenbäume im Werte von 36 250 Pfund, 370 000 kleine Waldbäume im Werte von 7400 Pfund, 1500 Morgen Getreidefelder im Werte von 15 000 Pfund und sonstiges jüdisches Eigentum im Werte von insgesamt rund 117 000 Pfund vernichtet.

Konflikt im argentinischen Parlament.

Buenos Aires, 23. Juni. In der argentinischen Kammer ist zwischen der aus Abgeordneten der Linken, vornehmlich aus Radikalen und Sozialisten, gebildeten Mehrheit und der Minderheit, die die rechtsgerichteten Parteien umfaßt, ein ernster Konflikt ausgebrochen, weil die Mehrheit die Bundeswahl vom 1. März und die Nachwahl vom 15. März in der Provinz Buenos Aires wegen zahlreicher Wahlvergehen für ungültig erklären will.

Da seit Tagen eine Abstimmung über diese Angelegenheit infolge des Fernbleibens der Minderheitsabgeordneten von den Sitzungen unmöglich war, erbat der Kammerpräsident Pitt von der Bundesregierung, um die Abgeordneten durch Polizeigewalt zur Teilnahme an den Kammersitzungen zu veranlassen.

In einem hierüber abgehaltenen Ministerrat konnte offenbar eine Einigkeit nicht erzielt werden. Die erbetene Regierungshilfe, die nach dem Gesetz bereitgestellt ist, ist jedoch bisher unterblieben, sodaß die Kammer infolge Fehlens der zur Beschlußfassung notwendigen Zahl der Abgeordneten erneut vertagt werden mußte.

Infolge der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung sind Gerüchte im Umlauf, die von einem bevorstehenden Rücktritt des Außenministers und des Finanzministers wissen wollen.

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES

Verantwortlich: Kurt Schwabach, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.